



22.3662

Motion Fiala Doris.

**Risikomanagement. Standort
des nächstgelegenen Schutzraums
kennen und die Qualität
und Ausrüstung überprüfen**

Motion Fiala Doris.

**Gestion des risques. Savoir
où se trouve l'abri PC
le plus proche et contrôler
la qualité et les équipements**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.23

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.23

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Minder Thomas (V, SH), für die Kommission: Ich kann es bei der Berichterstattung kurz machen: Die Kommission hat diese Motion mit 8 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Hauptgrund ist offensichtlich: Es liegt in unserem föderalistischen System nicht am Bund, den Gemeinden bindende Aufträge zu erteilen, worüber sie ihre Bürger zu informieren haben. Die Motion ist in einer bindenden Form und mit einer Verpflichtung formuliert. Der Bund will weder in diesem noch in anderen Bereichen Befehlsgeber für die Gemeinden sein. Die Motion verlangt zudem, dass alle Gemeinden die Qualität ihrer Schutzräume für einen Ernstfall überprüfen müssen. Auch das wäre ein unangebrachter Eingriff in die Verantwortlichkeiten der Kantone und Gemeinden. Die Motion Fiala wurde durch die Unsicherheiten des Ukraine-Krieges ausgelöst. Mit ein bisschen Distanz spürt man, dass sie weit über das Ziel hinausschießt – mit einem Eingriff nicht nur in einen gut funktionierenden Föderalismus, sondern auch in das Kostenmanagement der Gemeinden. Grundsätzlich sei anzumerken, dass wir keinen Zentralismus wie in Frankreich wollen; wir wollen nicht, dass Bundesbern für alles zuständig sein soll. Gerade der Ständerat als Kantonsvertretung sollte den Föderalismus hochhalten. Das Thema "Verwendung der Schutzräume" haben wir anlässlich des Nachtragskredites in Sachen Asylwesen und Containerdörfer breit debattiert. Mit dem Nichtentscheid zu den Containerdörfern werden sich die Gemeinden ohnehin um den Zustand ihrer Schutzräume kümmern müssen.

Die Kommission bittet den Rat, die Motion abzulehnen.

Amherd Viola, Bundesrätin: Die Motion umfasst – es wurde vom Kommissionssprecher gesagt – zwei Forderungen:

1. Der Bundesrat soll die Gemeinden verpflichten, ihre Informationen zu den Schutzräumen gegenüber der eigenen Wohnbevölkerung zu verbessern.
2. Die Qualität der Schutzräume und deren Ausstattung sollen überprüft werden.

Der Nationalrat hat die Motion in der Frühjahrssession angenommen.

Für die Zuweisung der Bevölkerung zu den Schutzräumen sind die Kantone verantwortlich. Sie haben die Zuweisungsplanung vorzunehmen und regelmäßig zu aktualisieren. Aufgrund von Zu- und Wegzügen, Geburten und Todesfällen, dem Bau von neuen Schutzräumen oder der Aufhebung von Schutzräumen verändern sich die Grundlagen für die Zuweisungsplanung ständig. Deshalb erfolgt die offizielle Schutzraumzuteilung erst dann, wenn die sicherheitspolitische Lage – konkret: ein bewaffneter Konflikt – die Vorbereitung des Bezugs erfordert. Bereits heute führen die Kantone mindestens alle zehn Jahre eine Schutzraumkontrolle durch.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2023 • Zehnte Sitzung • 26.09.23 • 08h15 • 22.3662
Conseil des Etats • Session d'automne 2023 • Dixième séance • 26.09.23 • 08h15 • 22.3662



Zusätzlich will das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) die Angaben zu den kontrollierten und betriebsbereiten Schutzräumen künftig jährlich bei den Kantonen einfordern. Es plant dazu die Einführung einer elektronischen Schnittstelle.

Bereits vor dem Kriegsausbruch hat das BABS zusammen mit den Kantonen ein Konzept für den Werterhalt der Schutzbauten erarbeitet. Das Konzept wurde mit Blick auf den Ukraine-Krieg und die Auswirkungen eines bewaffneten Konflikts nochmals überprüft und angepasst. Das BABS hat zudem vor Kurzem auf seiner Website eine interaktive Broschüre mit wichtigen Informationen rund um die Schutzräume publiziert. Auch dies trägt zum Werterhalt der Schutzbauten bei. Dem Kernanliegen der Motion kann mit den geltenden rechtlichen Grundlagen Rechnung getragen werden.

Ihre Kommission wie auch der Bundesrat beantragen Ihnen daher die Ablehnung der Motion.

Abgelehnt – Rejeté

AB 2023 S 929 / BO 2023 E 929